

Moderation:

Guten Tag liebe Friedensfreunde und –freundinnen, sehr geehrte Damen und Herren, ich heiÙe Werner Begoihn und begrüÙe euch und Sie im Namen der Initiative „Mut zum Frieden“ zu unserer heutigen Friedensdemonstration. Als Anlass hatten wir die erneute Truppenbewegung auch über Bremerhaven genommen. Dazu später mehr.

Bevor wir uns auf den Weg zum Roten Sand machen, werden zwei Menschen zu euch sprechen.

Ich übergebe das Mikrophon an Eva Böller vom Bremer Friedensforum.

Als nächster spricht Sebastian Rave, Friedenspolitischer Sprecher und Direktkandidat der LINKEN für den Wahlkreis Bremen 1 (zu dem Bremerhaven nicht gehört).

Rede von Werner Begoihn am Zolltor Roter Sand

Falls an der großen Kirche noch nicht alle dabei waren:

Ich heiÙe Werner Begoihn und begrüÙe alle Menschen, die hier durch ihre Anwesenheit bekunden, dass auch ihnen eine friedliche Welt ein Anliegen ist. Die Initiative Mut zum Frieden, für die ich spreche, gibt es seit Oktober 2001, seit fest steht, dass die Bundeswehr auch in Afghanistan eingesetzt wird. Unsere hauptsächliche Aktivität bestand darin, die Tradition der Ostermärsche in Bremerhaven aufrecht zu erhalten. Etwas bekannter wurden wir, weil wir den Bremerhavener Appell initiiert hatten, mit dem zu einer Demonstration Anfang Januar aufgerufen wurde – wer dabei war oder hätte dabei sein wollen, wird sich hauptsächlich an den Eisregen erinnern.

Wir, die Organisatoren, sind gefragt worden, ob denn überhaupt Schiffe da sein werden, die das Kriegsgerät für die Operation Atlantic Resolve transportieren. Bei der Planung dieser Demonstration hatten wir noch keine Informationen dazu und weil Demonstrationen zu ihrer Organisation einen Vorlauf brauchen, haben wir eben einfach diesen Termin genommen.

Inzwischen bin ich auf eine Internetseite aufmerksam gemacht worden, die mehr Information verspricht. Es ist die Seite der amerikanischen Reederei ARC – arcshipping.com – auf der man auch Fahrpläne finden kann, die allerdings durch den Hurricane Harvey durcheinandergekommen sind. Ein Schiff, die Endurance, ist planmäßig nach einem Zwischenhalt am 11. September in Bremerhaven vorgestern in Danzig angekommen. Die Resolve ist erst am 10. September von den USA in See gestochen und wird nach einer Fahrt von etwa 2 Wochen auch nach Bremerhaven kommen, nachdem sie vorher in Danzig war. Die Independence II, die ihre militärischen Fahrzeuge in Bremerhaven anlanden soll, ist möglicherweise noch gar nicht losgefahren.

Wichtiger als der Anlass – die Bundestagswahl ist ja auch einer – ist es aber für mich, über Krieg und Frieden nachzudenken und nicht in dem Bemühen nachzulassen, mehr Menschen zu gewinnen, die dagegen auftreten, militärische Einsätze als Mittel internationaler Konfliktregelungen anzusehen.

Der Begriff „end-of-the-pipe-technology“ sagt vielleicht nicht jedem was. Er kommt aus der Umweltschutzbewegung und wendet sich gegen Herstellungsverfahren, bei denen jede Menge umweltschädlicher Stoffe entstehen, die dann am „end of the pipe“ – am Ende des Rohres – geklärt werden sollen. Die Umweltschutzbewegung forderte demgegenüber, dass schon die Herstellungsverfahren so beschaffen sein sollen, dass diese schädlichen Stoffe gar nicht erst entstehen.

Dieses Denken, das auch den „end-of-the-pipe-technologies“ zu Grunde liegt, ist leider sehr weit verbreitet, ohne dass es als solches deutlich wird. Z. B. werden RuÙpartikel bei Dieselmotoren mit Filtern bekämpft statt ihre Entstehung zu verhindern. Militärisches Denken ist auch so ein Denken. Es wird viel mehr an neuen Waffen und Waffensystemen geforscht als an Möglichkeiten, Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen oder sie zumindest friedlich beizulegen. Solche Forschung und Entwicklung lohnt sich aber nur, wenn die daraus

entwickelten Produkte sich auch absetzen lassen. Um die Größenordnung abzuschätzen, welchen Umsatz die US-amerikanische Rüstungsindustrie hat, habe ich zu einem Viertel des Rüstungsetats von ca 600 Milliarden \$ das gerechnet, was der Rüstungsdeal mit Saudi-Arabien jährlich bringt und komme damit auf 180 Milliarden \$ jährlich als Untergrenze – Jahr für Jahr ohne die Gefahr von Krisen.

Das erklärt mindestens teilweise, warum Teile der Industrie an einem Weltzustand mit vielen Konflikten interessiert sind, obwohl Syrien, Afghanistan, Irak, Libyen eigentlich hinreichend viele Beispiele sein sollten, dass sich eine Befriedung und eine Verbesserung der Lebensumstände der Menschen in den betroffenen Regionen mit militärischen Mitteln nicht herstellen lässt.

Trotz des Scheiterns der Ideologie des militärischen Interventionismus, wie ich sie nennen möchte, wird in Deutschlands einflussreichsten Medien nicht Sturm gegen eine Erhöhung des Rüstungsetats gelaufen oder das Scheitern auch nur öffentlichkeitswirksam wahrgenommen. Ich führe das darauf zurück, dass es gelungen ist, Feindbilder in vielen Köpfen zu implantieren. „Putinverstehler“ hat keine Entsprechungen etwa als „Merkelverstehler“ oder „Trumpverstehler“ (naja, das kommt vielleicht noch). Obwohl das Verstehen ein erstrebenswertes Ziel geistiger Tätigkeiten ist, ist es gelungen, das Wort „Putinverstehler“ zu einem Schimpfwort zu machen. Mit Mechanismen, die auch beim Mobbing wirksam sind, wird jeder, der russische Interessen anders als die NATO wahrnimmt, mit diesem Schimpfwort etikettiert und suggeriert, dass er zur politischen Diskussion nichts beizutragen habe. Dabei wird auch vor zweierlei Maß nicht zurückgeschreckt: Als sich der Kosovo von Serbien abgetrennt hatte, versuchte Serbien in einem Rechtsgutachten erklären zu lassen, dass diese Abspaltung völkerrechtswidrig gewesen sei. Serbien wurde vom Internationalen Gerichtshof in den Haag beschieden, dass das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren über serbisches Recht gehe und mithin kein Verstoß gegen internationales Recht vorläge. Wie würde wohl ein Gutachten des gleichen Gerichts aussehen, wenn die Ukraine die Abspaltung der Krim als völkerrechtswidrig beurteilt sehen wollte? Was ist mit den Bundesstaaten der USA, die früher zu Mexiko gehört hatten?

Das neueste Feindbild ist der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Un. Wer – Gaddafi, Hussein oder Assad vor Augen – sieht, wie die USA Staatschefs das Etikett „Menschenrechtsverletzer“ aufkleben können und dann mit den oben erwähnten Erfolgen intervenieren, sollte es mindestens für plausibel halten, dass Kim sich als Kandidaten für die Fortsetzung dieser Reihe ansieht. Ich habe mir einmal die Militärausgaben der Staaten angesehen, zu denen sich Nordkorea in Nachbarschaft befindet: Japan 46,1 Milliarden Dollar, Südkorea 36,8 Milliarden Dollar. Ganz zu schweigen von den USA mit 611 Milliarden Dollar, das zwar kein Nachbar ist, aber in Guam eine Militärbasis unterhält. Dem stehen 5 Milliarden Dollar Militärausgaben Nordkoreas gegenüber. Da ist es ja schon fast rationell, statt die Militärausgaben noch weiter zu steigern, sich eine Atombombe zuzulegen. Natürlich finde auch ich das Szenario mit der ständigen Eskalation von Drohungen beängstigend – allerdings sehe ich den Ausweg nicht in einer noch weiteren Steigerung der Drohungen.

Wir sind gefragt worden, warum wir Russlands Rolle in der Welt in unserem Demonstrationsaufruf nicht thematisieren. Wir haben es uns zum Prinzip gemacht, unsere Forderungen an unsere Regierenden zu stellen. Deutschland ist Mitglied der NATO und es ist die NATO die diese neuerlichen Truppenbewegungen zu verantworten hat. Und auch hier zeichnet sich ab, dass eine Verschärfung der Konfrontation seitens der NATO Reaktionen Russlands zur Folge hat.

An dieser Stelle möchte ich aus dem Bremerhavener Appell zitieren, mit dem wir zur Demonstration im Januar aufgerufen hatten:

Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik statt weiterer Provokationen. Wir wollen Frieden in Europa und der Welt sowie die Ächtung aller Kriege. Das bereits begonnene neue Wettrüsten

wird das Geld verschlingen, das die Menschheit braucht, um Hunger Not und Klimakatastrophen wirksam zu bekämpfen.

Und ich wiederhole unseren Aufruf, in weiteren Städten und Gemeinden kreativen und entschlossenen Protest zu entwickeln. Wir rufen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Kommunalparlamente auf, sich mit allen Mitteln den Militärtransporten durch ihre Städte und über ihre Häfen entgegenzustellen.

Gerade weil Krieg und Frieden im Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle gespielt hat, nenne ich noch einmal unsere Forderungen:

- Keine Nato-Manöver in Europa und weltweit
- Schluss mit den deutschen Kriegseinsätzen
- Waffenexporte stoppen
- Für eine solidarische und gerechte Welt

<Es folgt noch ein Hinweis darauf, dass die Möglichkeit besteht, sich am 25. September um 17 Uhr an einer Mahnwache vor Karstadt – gegenüber von der Großen Kirche – zu beteiligen.>